

# Lagebericht 2009

## 1 Allgemeines

Geschäftsgrundlage war im Berichtsjahr 2009 die Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK) in der Neufassung vom 16.10.2002 (Amtsblatt der Stadt Köln vom 28.10.2002), zuletzt geändert durch die 8. Änderungssatzung vom 04.02.2010 (Amtsblatt der Stadt Köln vom 03.03.2010).

Ab dem 01.01.2010 bietet die ZVK der Stadt Köln nach Genehmigung vom 25.09.2009 durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde und Beschlussfassung im Kassenausschuss der Zusatzversorgungskasse vom 27.10.2009 in der Freiwilligen Versicherung neben dem (alten) Tarif 2002 einen (neuen) Tarif 2009 an. Der Tarif 2002 wird im geschlossenen Bestand weiter fortgeführt. Für ihn gelten die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) mit Stand Oktober 2009. Für den Tarif 2009 (ZVK PlusPunktRente) gelten die AVB mit Stand Januar 2010. Beide AVB-Regelungen beinhalten die gesetzliche Neuregelung des Eheversorgungsausgleiches.

Die Einführung eines neuen Tarifes geht unter anderem auf eine Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars zurück. Diese wurde damit zum 01.01.2010 umgesetzt.

Neben dem im Versicherungszweig der Pflichtversicherung unverändert gültigen Umlagesatz von 5,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte wird seit dem 01.01.2003 ausgehend von 2,0 % ein Zusatzbeitrag zum Aufbau einer Kapitaldeckung erhoben. Der Zusatzbeitrag beträgt seit dem Jahr 2007 konstant 3,2 % des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgeltes.

## 2 Geschäftsverlauf

In der **Pflichtversicherung** sind die **Beiträge aus Umlagen** gegenüber dem Vorjahr um rund 3.087.000 Euro (4,7 %) auf gerundet 68.865.000 Euro gestiegen. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die tariflichen Vergütungssteigerungen im Jahr 2009 sowie Vergütungserhöhungen aufgrund der durchschnittlichen Alterssteigerung bei den Beschäftigten der Mitglieder. **Zusatzbeiträge** sind im Jahr 2009 insgesamt in Höhe von rund 37.785.000 Euro (Vorjahr 36.099.000 Euro) zugeflossen.

Im Versicherungszweig der **Freiwilligen Versicherung** sind für das Jahr 2009 rund 3.631.000 Euro (Vorjahr 3.385.000 Euro) an **Beiträgen** sowie rund 291.000 Euro (Vorjahr 282.000 Euro) an durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen überwiesenen Zulagen nach der „Riester“-Förderung eingegangen.

Die **Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle** in der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung sind 2009 insgesamt um rund 1.216.000 Euro (+ 1,47 %) auf rund 84.198.000 Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Dynamisierung der Betriebsrenten um 1 % zum 01.07.2009 sowie einen Anstieg eingetretener Versicherungsfälle in beiden Versicherungszweigen zurückzuführen.

Die **Bruttoerträge aus Kapitalanlagen** sind unter Berücksichtigung der Auflösung von Agien um rund 3.951.000 Euro auf 26.646.000 Euro gestiegen (+ 17,49 %). Dieser Anstieg hat neben dem Zuwachs des angelegten Vermögens insbesondere folgende Ursachen:

Aufgrund der besseren Entwicklung auf den Kapitalmärkten waren bei zwei Inhaberschuldverschreibungen des Emittenten Merrill Lynch sowie beim KÖZU-Fonds **Zuschreibungen** in Höhe von insgesamt 900.234 Euro vorzunehmen. Außerdem wurde eine Zuschreibung in Höhe von 48.210,89 Euro bei einem der Gebäude vorgenommen. Bei der Übertragung von drei weiteren Inhaberschuldverschreibungen amerikanischer Emittenten in den KÖZU-Fonds wurden auf-

grund gegenüber dem Vorjahr eingetretener Werterholungen **Gewinne aus dem Abgang** in Höhe von 1.411.245 Euro erzielt.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis ist im Berichtsjahr auf rund 26.322.500 Euro gegenüber 12.820.000 Euro im Jahr 2008 gestiegen.

Die Durchschnittsrendite (= Bruttoverzinsung) aller Anlageformen, berechnet nach den Vorgaben des Arbeitskreises Vermögensanlage der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V. (AKA), beträgt 2009 4,70 % (Vorjahr 4,73 %). Die Nettorendite (diese berücksichtigt auch die Aufwendungen für Kapitalanlagen sowie die Zu- und Abschreibungen auf Kapitalanlagen) beträgt 5,03 % (Vorjahr 2,66 %). Insgesamt konnte damit wieder eine deutlich bessere und annähernd die im gültigen Technischen Geschäftsplan vorgesehene Verzinsung realisiert werden.

Festzustellen ist jedoch eine deutliche Steigerung bei den ausgewiesenen Stillen Lasten von 6.033.188 Euro auf 16.942.347 Euro. Die Differenz gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einer Modifizierung der Bewertungsparameter. Die Bewertung der Direktanlagen erfolgte im Rahmen der Optimierung des Kapitalanlagemanagements und der damit verbundenen Auslagerung von Aufgaben des operativen Risikomanagements erstmals durch die Master-KAG Deka FundMaster. Diese hat bei der Bewertung erstmals Risikoaufschläge für Emittentenrisiken, Nachrangigkeit und insbesondere für Illiquidität der Papiere berücksichtigt. Die Direktanlagen wurden im Rahmen einer „Buy and Hold“ Strategie erworben und sollen entsprechend dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Der Bilanzansatz erfolgt deshalb gemäß den Grundsätzen für das Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Dennoch stellt die Bewertung zu Marktpreisen ein wichtiges Element des Risikocontrollings dar und soll frühzeitig auf mögliche Risiken hinweisen.

Nachstehende Aufstellung vergleicht das Jahresergebnis mit dem Wirtschaftsplan 2009:

	Jahresabschluss Euro	Wirtschaftsplan Euro
Bruttoergebnis Pflichtversicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen	44.841.300	32.097.000
Bruttoergebnis Freiwillige Versicherung vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	4.624.400	3.833.100
Jahresüberschuss	49.465.700	35.930.100

Zum Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2009 und 2008 folgt eine zusammengefasste Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung:

	Ergebnis 2009 Euro	Ergebnis 2008 Euro
Umlagen, Beiträge und Zulagen	113.613.100	109.995.000
Erträge aus Kapitalanlagen	26.645.600	22.595.000
Aufwendungen für Kapitalanlagen	- 323.100	- 9.774.000
Aufwendungen für Versicherungsfälle	- 84.198.400	- 82.983.000
Aufwendungen für Beitragsüberleitungen und Beitragsrückgewähr	- 3.333.500	- 3.585.000
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 2.870.900	- 2.790.000
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	67.100	42.000

Jahresüberschuss vor Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen und der Verlustrücklage	49.465.700	33.500.000
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	- 49.228.500	- 33.453.000
Einstellung in die Verlustrücklage	- 237.200	- 47.000
Bilanzgewinn	0	0

Die Tabellen zeigen, dass die Ergebnisse des Jahres 2009 deutlich über den Planungen des Wirtschaftsplans und über den Werten aus dem Vorjahr liegen.

Die versicherungsmathematischen Rückstellungen stiegen um 49.228.500 Euro (9,44%) auf 570.476.500 Euro.

### 3 Lage der Kasse

#### Kapitalanlagen

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen erhöhte sich um 49.474.800 Euro (9,94 %) auf 547.361.500 Euro. Das Gesamtvermögen der ZVK stieg um 9,61 % auf 575.714.500 Euro.

#### Bestand

#### Pflichtversicherung

In der Pflichtversicherung ist der Bestand der Rentnerinnen und Rentner von 18.575 um 129 (Vorjahr 170) auf 18.704 Fälle gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Pflichtversicherten von 34.505 auf 35.499 um 994 (Vorjahr 904) gestiegen. Auf 100 Pflichtversicherte entfallen somit 52,69 (Vorjahr 53,83) Betriebsrentner.

Bei den Mitgliedschaften haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

#### Freiwillige Versicherung

Bei der Freiwilligen Versicherung bestanden zum Bilanzstichtag insgesamt 2.553 (Vorjahr 2.511) Verträge. Hierin sind 277 beitragsfrei gestellte Verträge enthalten.

Die Mitversicherung von Hinterbliebenenleistungen und/oder Leistungen bei Erwerbsminderung kann in der Freiwilligen Versicherung ausgeschlossen werden. 2.095 Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmer haben hiervon ganz oder teilweise Gebrauch gemacht. Lediglich in 459 Fällen erfolgte kein Risikoausschluss.

Zum Jahresende 2009 wurde in der Freiwilligen Versicherung an 73 Rentenberechtigte eine laufende Leistung aus der Freiwilligen Versicherung gezahlt. Die dabei zu leistenden Beträge sind wegen der kurzen Versicherungszeit insgesamt noch gering.

#### Liquidität

Die Liquidität der Kasse war im Berichtsjahr jederzeit gegeben und nicht gefährdet.

#### Personalentwicklung und Personalaufwand

	Beschäftigtenstand	Bruttogehälter
31.12.2009	26,38	1.054.513 Euro <sup>1)</sup>

31.12.2008	26,51	1.053.955 Euro <sup>1)</sup>
------------	-------	------------------------------

<sup>1)</sup> Personalkostenerstattungen für Serviceleistungen für die Beihilfekasse sind berücksichtigt

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse sind Bedienstete der Stadt Köln. Der Beschäftigtenstand berücksichtigt sowohl Teilzeitbeschäftigungen als auch die anteilige Tätigkeit für die Beihilfekasse. Die Eingruppierungen erfolgen entsprechend den Vorgaben im Stellenplan der Stadtverwaltung. Die Personalkosten werden der Stadt Köln von der ZVK erstattet.

In der Summe ist der Beschäftigtenstand in etwa gleich geblieben. Dennoch haben sich verschiedene Veränderungen ergeben, auf deren detaillierte Darstellung hier verzichtet wird. Erwähnenswert ist, dass die Stelle Kapitalanlagencontrolling besetzt worden ist. Ob ein weiterer Ausbau des Risikocontrollings erforderlich ist und wie dieser gegebenenfalls realisiert werden kann, soll im Laufe des Jahres 2010 entschieden werden.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sozialabgaben, der Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, der Pensions- und Beihilferückstellungen sowie der Rückstellung für Altersteilzeit ergibt sich insgesamt folgender Personalaufwand:

Ergebnis 2009	2.127.900 Euro
Ergebnis 2008	2.123.000 Euro

Obwohl die Pensionsrückstellungen aufgrund des nicht vorhersehbaren Überganges des ehemaligen Geschäftsführers in den vorzeitigen Ruhestand erheblich höher ausgefallen sind als im Vorjahr vom Verantwortlichen Aktuar prognostiziert, sind die gesamten Personalaufwendungen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich gestiegen.

#### **4. Organisation des Risikomanagements im Kapitalanlagenbereich**

Die Kapitalanlage wird grundsätzlich auf der Basis der Regelungen des § 54 VAG in Verbindung mit der Anlagenverordnung sowie der geltenden Richtlinie für die Vermögensanlage der ZVK durchgeführt. Im Rahmen der Arbeiten zur Optimierung des Kapitalanlagen-Risikomanagements sind verschiedene Abweichungen des Kapitalanlagenbestands gegen diese Vorschriften festgestellt worden. Diese sollen mit der Neuausrichtung des Portfolio- und Risikomanagements sukzessive abgebaut werden. Bestandteil des Projektes zur Optimierung des Kapitalanlagen-Risikomanagements ist auch eine Überarbeitung der Anlagerichtlinien und soweit erforderlich, der diesbezüglichen Regelungen in der Satzung. Die Arbeiten hierzu können voraussichtlich bis zum Herbst des Jahres 2010 abgeschlossen werden. Die Aufgabe der Internen Revision soll bezogen auf die Kapitalanlage und das Kapitalanlagencontrolling nach außen verlagert werden. Hierfür wird derzeit ein Konzept erarbeitet und eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet.

Im Rahmen des Risikomanagements wurde im Jahr 2009 das Projekt zum Ausbau des Kapitalanlagenrisikomanagements und der Verlagerung der operativen Aufgaben des Portfolio- und Risikomanagements nach außen unter teilweiser Nutzung externer Unterstützung konsequent fortgeführt. So ist auf der Basis der Entscheidung des Kassenausschusses vom 21.04.2009 für den Ausbau des Risikomanagements ein EU-weites Vergabeverfahren zum Abschluss eines Rahmenvertrages mit einer Master-KAG durchgeführt, im Dezember 2009 ein Rahmenvertrag mit der Deka FundMaster abgeschlossen und zum 01.01.2010 ein Masterfonds eingerichtet worden. Das für das operative Risikomanagement notwendige Berichtswesen wird seit Anfang Januar von der Deka FundMaster zur Verfügung gestellt und es finden ergänzend zum monatlichen Bericht des Kapitalanlagencontrollings an die Geschäftsführung sowie der quartalsweise Erstellung eines Risikoberichtes regelmäßige Auswertungs-

und Analysegespräche zu den Kapitalanlagen bei der Master-KAG statt. Im weiteren Verlauf des Projektes sind nach Entscheidung über die künftige Portfoliostruktur und Anlageklassen auf Basis der Ergebnisse der ALM-Studie die Einrichtung weiterer Subfonds und die Auswahl geeigneter Assetmanager vorgesehen. Für die Auswahl der Assetmanager sind Beauty Contests durchzuführen und entsprechende Verträge zwischen der Deka FundMaster und den Assetmanagern abzuschließen. Zu entscheiden ist in diesem Zusammenhang auch eine Risikosteuerung im Masterfonds durch die Einrichtung eines Overlay-Managements.

Neben dem Projekt zum Ausbau des Kapitalanlagen-Risikomanagements wurden umfassende Maßnahmen zur Reduktion der Risiken aus den Kapitalanlagen umgesetzt. Beispielhaft sind die Umsetzung eines Wertsicherungskonzeptes im KÖZU-Fonds, die Übertragung von diversen Inhaberschuldverschreibungen in den KÖZU-Fonds (heute KÖZU-FundMaster Renten) und der Verkauf risikobehafteter Inhaberschuldverschreibungen zu nennen. Insbesondere wurde im Rahmen einer Sondersitzung des Kassenausschusses vom 14.08.2009 entschieden, die Inhaberschuldverschreibungen des Emittenten CIT, der im Herbst 2009 Insolvenz angemeldet hat, zu veräußern. Von der Insolvenz war die ZVK daher nicht betroffen. Wiedieranlagen wurden seit Mai 2009 bei den Direktanlagen ausschließlich in Bundes- und Bundesländeranleihen und ab Oktober 2009 in den KÖZU-Fonds Renten getätigt.

## **5 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

### **5.1 Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **Kapitalanlagerisiken**

Für die Sicherheitslage der Zusatzversorgungskasse sind insbesondere die Risiken im Kapitalanlagebereich von zentraler Bedeutung. Das Kapitalanlagerisiko umfasst unverändert

- das Risiko unerwartet hoher Abschreibungen,
- das Risiko ungünstiger Zinsentwicklung,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko) und
- das Risiko der Wiedieranlage.

Im Bereich der Kapitalanlagen wird dem bestehenden Kurs- und Zinsrisiko durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus wird das Bonitätsrisiko durch stringente Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von der Kasse gewählten Emittenten beschränkt.

#### **Versicherungstechnische Risiken**

Die versicherungstechnischen Risiken einer Zusatzversorgungskasse bestehen darin, dass den Beiträgen aus Umlagen und Zusatzbeiträgen in der Pflichtversicherung sowie den Beiträgen in der Freiwilligen Versicherung langfristige Leistungszusagen seitens des Versicherers gegenüberstehen. Die Höhe der eingegangenen Verpflichtungen hängt vom Verlauf der biometrischen Risiken, der Zinsentwicklung und der Entwicklung der Kosten ab.

Biometrische Risiken entstehen durch Veränderungen biometrischer Annahmen zur Sterblichkeit. Sinkende Sterblichkeiten führen bei einer Zusatzversorgungskasse zu einem Absinken der Sicherheitsmarge. Erhöhte Sterblichkeiten haben den gegenläufigen Effekt. Durch regelmäßige Überprüfung der Rechnungsgrundlagen durch den Verantwortlichen Aktuar in Verbindung mit den festgelegten Sterbetafeln wird ein möglicher Anpassungsbedarf der Sicherheitsspanne erkannt. Der Verantwortliche Aktuar überwacht die Risiken auf der Passivseite im Rahmen der internen Rechnungslegung, besonders die kalkulierten Mittel, die den tatsächlichen Aufwendungen gegenübergestellt werden und so die Angemessenheit der Kalkulationsgrundlage sichern.

Die Leistungsverpflichtungen der ZVK beinhalten nach den bisherigen Regelungen der Tarifvertragsparteien eine jährliche Verzinsung von 3,25 % während der Anwartschaftsphase und 5,25 % während der Leistungsphase. Bei den biometrischen Rechnungsgrundlagen wird seit dem Jahr 2009 sukzessive über einen Zeitraum von 10 Jahren auf Richttafeln umgestellt, die von der Bayerischen Versorgungskammer entwickelt wurden und eine höhere Lebenserwartung vorsehen als die Richttafeln 1998 von Professor Dr. Heubeck. Unter Berücksichtigung dieser Änderung in der Biometrie ist die Sicherheitsspanne in der Berechnung der Deckungsrückstellung als ausreichend anzusehen und höher als beim Ansatz der Richttafeln 2005G von Professor Dr. Heubeck. Würde man einen derzeit marktüblichen Zinssatz zugrunde legen, wären die zu bilanzierenden Verpflichtungen jedoch höher. Es ist daher auch zukünftig erforderlich, unter Einbeziehung der Entwicklung der biometrischen Risiken und der erzielbaren Kapitalerträge eine Veränderung der Rechnungsgrundlagen aktuarisch stetig zu überprüfen.

Die Rentenleistungen sind gemäß § 37 der Satzung zum 01.07. eines jeden Jahres linear um 1 % zu dynamisieren. Bei den Gesamtaufwendungen für Versicherungsfälle ist der Zuwachs von 1,45 % auf diese satzungsgemäße Anpassung der Betriebsrenten und auf den Anstieg des Bestandes der Rentnerinnen und Rentner zurückzuführen.

Durch die Erhebung von Zusatzbeiträgen seit Beginn des Jahres 2003 erhält die Kasse bei der Pflichtversicherung Einnahmen, die zum Aufbau einer Kapitaldeckung verwendet werden, um spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren auch die Arbeitgeber spürbar zu entlasten. Der Gesamtkapitalisierungsgrad der Pflichtversicherung liegt je nach angesetzten Rechnungsgrundlagen zwischen 26,4 % und 34,3 % (Vorjahr zwischen 24,9 % und 32,1 %). Für den Kapitaldeckungsgrad sollen künftig vom Verantwortlichen Aktuar jährlich Planwerte für einen Zeitraum von 10 Jahren entwickelt und dem Kassenausschuss vorgelegt werden, so dass ein Plan-Ist Vergleich und eine bessere Beobachtung der Entwicklung des Kapitaldeckungsgrades möglich ist.

Solange keine vollständige Kapitaldeckung in der Pflichtversicherung erreicht ist und dort zumindest eine teilweise Umlagenfinanzierung erfolgt, ergeben sich Risiken insbesondere aus

- der künftigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, insbesondere durch Privatisierungsmaßnahmen und die Notwendigkeit, aufgrund der angespannten Haushalts- und Finanzlage Personalaufwendungen zu reduzieren,
- dem weiter fortschreitenden demografischen Wandel,
- den künftigen Ergebnissen von Tarifverhandlungen,
- der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmendaten und hier insbesondere der weiteren Erholung der Finanzmärkte nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der weiteren Entwicklung des Zinsniveaus und der Bonitätsrisiken.

Für den teilweise kapitalgedeckten Teil der Pflichtversicherung und die von Anfang an voll kapitalgedeckte Freiwillige Versicherung sind folgende wesentliche Risiken zu nennen:

- die Nichtübereinstimmung der dem Technischen Geschäftsplan zugrunde gelegten Sterbe-, Invaliditäts- und Zinsannahmen mit den tatsächlichen Verhältnissen,
- die bereits oben angesprochene Entwicklung der Finanzmärkte.

In 2009 sind auch weiterhin noch keine wesentlichen Entlastungen durch die im Rahmen der Neuordnung des Zusatzversorgungsrechts vorgenommene Umstellung auf Startgutschriften und das Punktemodell und der damit verbundenen Reduktion der Ansprüche aus der Zusatzversorgung um ca. 20 % erkennbar. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Bestandsrentenfälle und auch die Neuzugänge der rentennahen Jahrgänge umfangreichen Besitztumsregelungen unterliegen. Auch die stufenweise Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung für einen abschlagsfreien Altersrentenbezug wird sich erst in Zukunft auf die Zahl der Rentner und die Rentenhöhe auswirken. Beides zeigt sich auch darin, dass sich die Höhe der durchschnittlich ausgezahlten Rentenleistung in Höhe von 380,38 Euro je Monat gegenüber dem Vorjahreswert von 376,92 Euro je Monat kaum verändert hat.

Die zum 01.10.2005 erfolgte Umstellung vom BAT/BMT-G auf den TVöD führt aufgrund der Absenkung des Gehaltsniveaus bei Neueinstellungen tendenziell zu Wenigereinnahmen bei den Umlagen und Zusatzbeiträgen. Die zwischenzeitlichen tariflichen Vergütungsanpassungen haben diesen Effekt mehr als kompensiert. Auch aufgrund der Anfang des Jahres 2010 vereinbarten Änderungen im TVöD werden die Umlagen und Zusatzbeiträge tendenziell steigen.

In seiner Entscheidung vom 14.11.2007 hat der Bundesgerichtshof die Tarifvertragsparteien aufgefordert, die Modalitäten zur Berechnung der Startgutschriften für „rentenferne Jahrgänge“ anzupassen. Die Tarifvertragsparteien haben sich bisher nicht auf eine Modifizierung der bisherigen Berechnungsvorschriften geeinigt. Über die Höhe der aus der Entscheidung resultierenden Mehrbelastung kann daher zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes keine Aussage getroffen werden.

### **Sonstige Risiken**

Aufgrund des Geschäftsmodells verfügt die Kasse über regelmäßige Einnahmen aus Beiträgen, Rückflüsse aus Kapitalanlagen und Zinszahlungen. Dem gegenüber stehen im Wesentlichen Zahlungen für Versicherungsfälle. Durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung soll die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt werden.

Im IT-Bereich sind umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten.

Die aufgrund des § 123a VAG ab dem 23.09.2010 für Versicherungsunternehmen eintretenden zusätzlichen Solvabilitätsanforderungen werden die Freiwillige Versicherung nicht umfassen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat am 29.04.2010 eine Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen beschlossen, die dazu führte, dass die zusätzlichen Solvabilitätsanforderungen auf den Geschäftsbereich der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln keine Anwendung finden.

## **5.2 Chancen der künftigen Entwicklung**

Entsprechend der oben dargestellten Risiken für die Entwicklung der Kasse ergeben sich die Chancen insbesondere aus folgenden Entwicklungsmöglichkeiten

### **Kapitalanlagen:**

Das Zinsniveau steigt langfristig wieder an und Neuanlagen können zu attraktiven Renditen erfolgen.

Die Aktienmärkte entwickeln sich positiv und das Engagement in dieser Assetklasse erwirtschaftet einen positiven Ergebnisbeitrag.

### **Versicherungstechnik:**

Die Sterblichkeit des versicherten Bestandes entwickelt sich unterproportional zu den bisherigen Annahmen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt nicht zwingend zu einem erhöhten Stellenabbau.

Um die Basis in der Freiwilligen Versicherung zu stärken, ist es ausdrückliches Ziel der Kasse, das Potential der Beschäftigten, die noch keinen Vertrag mit Riesterförderung oder mit Entgeltumwandlung abgeschlossen haben, anzusprechen und als Versicherte zu gewinnen. Daher

wurden im Jahr 2009 erste Marketingaktivitäten initiiert. Diese sollen im Jahr 2010 fortgeführt werden.

## **6. Künftige Entwicklung**

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den Beiträgen, Leistungen, Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und dem Ergebnis aus Kapitalanlagen geprägt. Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der ZVK weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitragseinzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen werden.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird gegenüber dem Berichtsjahr eine weitere Erhöhung der laufenden Beitragseinnahmen in allen Bereichen erwartet.

Risiken und weitere Chancen für das Ergebnis der ZVK in den nächsten zwei Jahren ergeben sich damit vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen.

Die Art und die Mischung der Kapitalanlagen im Sicherungsvermögen wird in Zukunft mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der ZVK kontrolliert gesteuert. Die Erkenntnisse aus der ALM-Studie des Jahres 2010 werden schrittweise umgesetzt.

Im derzeitigen Kapitalmarktumfeld bedeutet dies für das Jahr 2010, dass Neuinvestitionen außer in Direktanlagen in alle Segmente des Masterfonds vorgenommen werden.

Die Anlagegrundsätze des § 54 VAG und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen bleiben gewahrt.

Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte in den nächsten zwei Jahren und weiterhin gleichbleibenden Bestandszahlen geht die Geschäftsführung davon aus, auch weiterhin positive Jahresüberschüsse zu erzielen.

Köln, den 30.08.2010

Blaeser  
Geschäftsführer

Jope  
Stellvertretender Geschäftsführer